

Länger arbeiten für weniger Geld

Frauen von geplanten Maßnahmen der Bundesregierung besonders betroffen

Frauen von geplanten Maßnahmen der Bundesregierung besonders betroffen

Österreich hat zwar wieder eine Frauenministerin, aber kein eigenständiges Frauenministerium. Mit Doris Bures wurde eine „Kanzleramtsministerin“ installiert, also eine Ministerin ohne eigenes Haus und ohne eigenes Budget.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die bisherige Generalsekretärin der Partei sich von ihrer alten Rolle als Hüterin der Parteidisziplin emanzipieren kann und wirklich zu einer, wie von ihr angekündigt, „starken Stimme für die Frauen“ werden wird. Wenig zuversichtlich stimmen ihre ersten Ankündigungen, bei denen sie sich gleich gegen gesetzliche Verpflichtungen oder Vorschriften für die Wirtschaft ausgesprochen hat.

Einzelhandel – Frauen mehrfach betroffen

Die Arbeitsbedingungen im Handel wurden in den letzten 20 Jahren Schritt für Schritt verschlechtert. Von den von der Wirtschaft versprochenen zusätzlichen Arbeitsplätzen sind im überwiegenden Fall nur Teilzeitarbeitsplätze übrig geblieben. Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse sind sukzessive durch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse und geringfügige Beschäftigung ersetzt worden. Die Öffnungszeiten sind länger geworden und sollen in Zukunft noch mehr ausgeweitet werden.

Die im Regierungsprogramm angekündigte verlängerte Ladenöffnungszeit und die sogenannte Arbeitszeitflexibilisierung lassen befürchten, dass diese in Fortsetzung der bisherigen Politik nicht zugunsten der ArbeitnehmerInnen, sondern zugunsten der Wirtschaft und der Gewinnmaximierung erfolgen werden.

Zwei Drittel der im Einzelhandel Beschäftigten sind Frauen. Sie sind von dieser Entwicklung mehrfach betroffen.

Von Teilzeitlöhnen kann niemand ein menschenwürdiges Leben führen. Und längere Öffnungszeiten tragen dazu bei, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zunehmend unter die Räder kommt. Eine weitere Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wird die Situation – vor allem für AlleinerzieherInnen – massiv verschlechtern.

Dazu kommen fehlende oder mangelhafte öffentliche Verkehrsverbindungen, vor allem öffentliche Verkehrsmittel, die auch am späten Abend und außerhalb der „Normalarbeitszeiten“ fahren. Und es fehlen die entsprechenden Kinderbetreuungseinrichtungen, vor allem solche, die ebenso flexible sind und verlängerte Öffnungszeiten haben, wie die Geschäfte, in denen die Eltern – und hier sind das faktisch vor allem Frauen – arbeiten.

Der ländliche Raum ist hier ganz besonders gefordert! Die SPÖ im Burgenland will mehr Arbeitsplätze für Frauen schaffen – dann muss sie aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen!

Das kann keine zukunftsweisende Politik im Interesse der Menschen sein, vor allem wenn man bedenkt, dass über kurz oder lang auch in anderen Bereichen die Arbeitszeiten den geänderten Bedingungen angepasst werden müssen. Auch bei Ämtern, Behörden,

Banken und Dienstleistungsunternehmen müssen in Folge Öffnungszeiten erweitert werden. Dies wird es mit sich bringen, dass auch in diesen Bereichen prekäre Arbeitsverhältnisse Einzug halten werden. Mit den bekannten Auswirkungen.

Die UnternehmerInnenverbände behaupten, dass eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten mehr Umsatz mit sich bringe. Doch diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. Mehr Umsatz kann es nur geben, wenn die KonsumentInnen mehr Geld in der Tasche haben. Genau das Gegenteil ist aber der Fall.

Kommen mit der Arbeitszeitflexibilisierung Lohnkürzungen?

Im ÖVP-SPÖ Regierungsprogramm ist eine weitere Flexibilisierung der bisherigen Arbeitszeiten vorgesehen. Diese Flexibilisierung geht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen, nicht nur hinsichtlich der steigenden gesundheitlichen Belastung, des Verlustes von Freizeit und damit der Lebensqualität – sondern sie kann auch Lohnverluste mit sich bringen!

Folgende Maßnahmen sind u.a. geplant:

- Anhebung der täglichen/wöchentlichen Höchstleistungszeitgrenzen auf 12 bzw. 60 Stunden sowie von derzeit 12 auf 24 Wochen jährlich (in betriebsratsfreien Betrieben auch durch Einzelvereinbarung!)
- Generelle Ermächtigung an den Kollektivvertrag, die Normalarbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag zu erhöhen
- Flexibilisierung der Lage der Wochenendruhe im Schichtbetrieb
- Jahresarbeitszeitmodelle auf Kollektivvertrags-Basis
- 12-Stunden-Schichten bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit

Wirtschafts- und „Arbeits“minister Bartenstein hat seine eigene Interpretation der Arbeitszeitflexibilisierung: ein 10-Stunden Normalarbeitstag. Dies würde einen Wegfall der Überstundenzuschläge mit sich bringen! Und das bedeutet für die ArbeitnehmerInnen einen Lohnverlust in Milliardenhöhe!

Längere Arbeitszeiten ziehen sinkende Produktivität nach sich, höhere gesundheitliche Belastungen und eine wesentliche Verschlechterung bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und sozialem Leben.

Arbeitszeitverlängerung = höhere Arbeitslosigkeit

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) bestätigt, dass durch eine Ausdehnung der Arbeitszeit die Jobchancen Erwerbsloser verringert und die Arbeitslosigkeit erhöht wird.

Dkfm. Dr. Ewald Walterskirchen (WIFO Forschungsbereichsleiter): **„Durch eine Verlängerung der Jahresarbeitszeit um 10% wird die Zahl der Erwerbstätigen um 2,5% zurückgehen, die Arbeitslosenquote wird um 1,5% steigen“.**

Österreich = lange Arbeitszeiten

Unselbständig Beschäftigte – Vollzeit – Ø normale Wochenarbeitsstunden

42,4	40,7	40,3	40,3	38,7
Österreich	Ungarn	EU 15	BRD	Norwegen

(Quelle: AK Oberösterreich)

Österreichische ArbeitnehmerInnen sind schon sehr flexibel. So arbeiten 26,6% aller unselbständig Beschäftigten an Samstagen (EU 25 = 14,5%). 13,7% an Sonntagen (EU 25 = 7,1%) und 17,9% sind mit Schichtarbeit konfrontiert (EU 25 = 15,0%).

Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten à la Bartenstein würde die ArbeitnehmerInnen durch entfallende Überstundenzuschläge ca. 1 Milliarde Euro kosten.
Also eine Lohnkürzung!

Grüne und AUGE fordern für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Es muss Schluss sein mit der arbeitnehmerInnenfeindlichen Politik der Regierung. Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten zulasten der ArbeitnehmerInnen lehnen wir ab. Wir fordern:

- höhere Grundlöhne, durch einen gesetzlich verankerten Mindestlohn in Höhe zwischen 7 und 8 Euro/Stunde und eine offensive Lohnpolitik der Gewerkschaften. Der vorgesehene Generalkollektivvertragliche Mindestlohn von € 1000,- umfasst weder alle Beschäftigtengruppen noch ist er ausreichend armutsverhindernd (Stundenentgelt bei € 1.000,-: € 5,8)
- eine umfassende Arbeitszeitverkürzung – sowohl täglich als auch wöchentlich (erster Schritt 35-Stunden-Woche), Ausbau der Inanspruchnahme beruflicher Auszeiten (Sabbaticals), finanziell und sozialrechtlich abgesichert
- sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse
- Sicherstellung von Kinderbetreuung und Öffi-Verbindungen außerhalb von "Normalarbeitszeiten".